

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

18. Sitzung des Schul- und Sportausschusses (Wahlperiode 2013 - 2018)

Sitzungstermin:	Donnerstag, 16.06.2016	
Sitzungsbeginn:	16:00 Uhr	
Sitzungsende:	19:56 Uhr	
Sitzungsort:	Dorothea-Schlözer-Schule, Grünes Forum, Jerusalemberg 1-3, 23568 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
André Kleyer- Bü90/DIEGRÜNEN		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Anja Sabrina Hagge- SPD		
Dr. Marek Lengen- SPD		
Jörn Puhle- SPD		
Anette Röttger- CDU		
Ingrid Schatz- CDU		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Dr. med. Martin Federsel- Die PARTEI-PIRATEN		
Timon Kolterjahn- FDP		
Oliver Prieur- CDU		
Grete Rhenius- BfL		(bis TOP 5.3)
Stellvertreter		
Volker Krause- BfL		Vertretung für Rhenius, Grete ab TOP 5.4
Ute Friedrichsen- SPD		Vertretung für: Herrn Schopenhauer, Georg (bis TOP 5.2)
Jörg Haltermann- SPD		Vertretung für: Frau Godowski, Katja
Gregor Voht- FREIE WÄHLER&DIE LINKE		Vertretung für: Herrn Luetkens, Sascha
Holger Bull- SPD		Vertretung für Schopenhauer, Georg (ab TOP 5.3)
Nils-Holger Schomann- grün+alternativ+links (GAL)		Vertretung für: Frau Aberle, Kristina
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Jan Lindenau- SPD		
Verwaltung		

Senatorin Kathrin Weiher- FBL 4 - Kultur und Bildung	
Petra Albrecht- FB 4 - Jugendhilfeplanung	
Renate Heidig- FB 4 - Jugendhilfeplanung	
Klaus-Peter Jürgensen- 4.041 - FBD	
Angelika Kramm- FBC 4	
Rainer Schellenberger- 5.651 - GMHL	
Friedrich Thorn- 4.401 Schule und Sport	
Christiane Wiebe- 4.403 - VHS Lübeck	
Andreas Borchardt- 4.401 Schule und Sport	
Manfred Hellberg- 3.390 Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz	
Anja Klemm- 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Sonja Rieper- 4.401 Schule und Sport	
Frank Schröder- 4.401 Schule und Sport	
Dierk Wallendzik- 5.651 - GMHL	
Protokollführung	
Antje Richter- 4.401 - Schule und Sport	
Gäste	
Schulrat Helge Daus- Schulamt in der Hansestadt Lübeck	
Schulrat Gustaf Dreier-	
Krämer-Mandau- - Beratungsbüro "Projektgruppe Bildung und Region"	
Sonstige Personen	
Anke Kock- Verein Frauen helfen Frauen e.V.	
Nevermann- KEB Gymnasien	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Hauke Wegner- CDU	entschuldigt
Kristina Aberle- grün+alternativ+links (GAL)	entschuldigt
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Katja Godowski- SPD	entschuldigt
Sascha Luetkens- FREIE WÄHLER&DIE LINKE	entschuldigt
Georg Schopenhauer- SPD	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung
2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2016
3.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen
3.1.	Mitteilungen der Verwaltung
3.1.1.	Dorothea-Schlözer-Schule / Feuchtigkeitsschäden im Untergeschoss des Neubaus
3.1.2.	Akustik in Schulen
3.1.3.	Personalsituation Passathafen und Passat
3.1.4.	Bestätigung staatlicher Beihilfen für gemeinnützigen Sport durch den EUGH
3.1.5.	Aufnahme VHS-Kursbetrieb
3.1.6.	Interkultureller Sommer 2016
3.2.	Puhle: Öffentliche Vorstellung der Ergebnisse des Schulgutachten Vorlage: VO/2016/03803
3.3.	AM Puhle: Raumsituation Schulsozialarbeit / Kinder- und Jugendarbeit in Buntekuh Vorlage: VO/2016/03857
4.	Berichte
5.	Beschlussvorlagen
5.1.	Europaweite Ausschreibung von Schulmöbeln für die Schulen der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2016/03543
5.2.	Ganztag an Schule - Kommunale Förderung von Schulkindbetreuung und Ganztagschule Vorlage: VO/2016/03725
5.3.	Gutachten zur Schulentwicklungsplanung Vorlage: VO/2016/03609
5.4.	Beschlussvorschlag Nr. 2 zur Vorlage zur Projektentwicklung und zum Realisierungskonzept Sportzentrum Falkenwiese - Beschluss der Bürgerschaft vom 26.09.2013 (VO/2014/00930)

6.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
6.1.	Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.04.2016 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der GAL-Fraktion betr. Frauenschwimmen in den städtischen Schwimmbädern Vorlage: VO/2016/03829
7.	Anträge von Ausschussmitgliedern
8.	Verschiedenes
13.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung

Der Vorsitzende eröffnet die 18. Sitzung des Schul- und Sportausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Es folgt eine Begrüßung durch den stellvertretenden Schulleiter der Dorothea-Schlözer-Schule Herrn Schroeder.

Anschließend verpflichtet der Vorsitzende die bürgerlichen Ausschussmitglied Herr Dr. Federsel, Herrn Kolterjahn, Herrn Prieur und Frau Rhenius sowie die stellvertretenden bürgerlichen Ausschussmitglieder Frau Friedrichsen, Herrn Haltermann, Herrn Schomann und Herrn Voht per Handschlag mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf Ihre Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Vorsitzende spricht den in der letzten Sitzung zurückgestellten TOP 11.1 an und teilt unter Bezugnahme auf die Erörterung dieser Frage in der letzten Ausschusssitzung mit, dass die Verwaltung erneut vorschlägt, die Vorlage unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln.

Herr Krause und Herr Prieur sprechen sich gegen den Verwaltungsvorschlag aus.

Herr Puhle beantragt die Vertagung des TOP 11.1 und begründet dies damit, dass die gestern von der Verwaltung nachgereichten Unterlagen nicht von allen Ausschussmitgliedern gelesen worden seien. Dazu spricht Herr Prieur.

Herr Voht sieht eine Vertagung der Vorlage kritisch.

Herr Kolterjahn spricht sich für eine Vertagung aus.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

*Der Ausschuss beschließt bei 3 Gegenstimmen
mehrheitlich die Vertagung des TOP 11.1.*

Herr Prieur bittet, in Ergänzung der nachgereichten Unterlagen auch noch die Stellungnahme des TSV Travemünde vom 05.05.2016 den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen. Weiterhin fordert Herr Prieur die Verwaltung auf, die Vorlage beim nächsten Mal für den öffentlichen Teil vorzusehen oder die Zuordnung zum nichtöffentlichen Teil zu begründen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Damit ist die Tagesordnung festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 21.04.2016

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss stellt die Niederschrift bei zwei Enthaltungen einstimmig fest.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen der Verwaltung

zu 3.1.1 Dorothea-Schlözer-Schule / Feuchtigkeitsschäden im Untergeschoss des Neubaus

Herr Schellenberger informiert zum Hintergrund, dass die Elektro- und Datenleitungen in der Dorothea-Schlözer-Schule in Bodentanks im Estrich verlegt worden seien und führt die Gründe hierfür an. Herr Schellenberger berichtet weiter über vier Wasserschäden der vergangenen Jahre, bei denen jeweils Wasser in diese Kabelkanäle eingetreten sei. Eine Untersuchung der Leitungen habe keine Schäden ergeben, dennoch sei vorgesehen, die Kanäle vorbeugend zu schließen.

Herr Hellberg berichtet über die Ergebnisse der durchgeführten Raumlufmessungen. Über 50 Schadstoffe seien unbedenklich, lediglich in einem Raum sei in ungelüftetem Zustand eine leicht über dem Richtwert liegende Benzaldehydbelastung festgestellt worden, die durch ausreichendes Lüften ausgeglichen werden könne. Weiterhin seien in dem Raum der Sprinkleranlage, in dem das Wasser ausgetreten ist, Schimmelpilzsporen nachgewiesen worden. Zudem seien die CO₂ Werte häufig überschritten, was auf unzureichendes Lüften zurückzuführen sei. Die Schule habe daher Lüftungsempfehlungen erhalten. Herr Hellberg geht im Weiteren auf die durchgeführten Formaldehydmessungen ein, die eine deutliche Überschreitung des Richtwerts in den Akustikbaffeln der betroffenen Räume ergeben haben. Herr Hellberg weist darauf hin, dass auch diese Messung im ungelüfteten Zustand erfolgt sei und unter Nutzungsbedingungen der Richtwert eingehalten werden könne. Als mögliche Maßnahmen führt Herr Hellberg an: den Ausbau der Akustikbaffeln, wobei eine Grundbelastung durch andere Materialien weiterhin gegeben wäre, den Einbau von zusätzlichen Fenstern unter der Voraussetzung einer ordnungsgemäßen Lüftung oder den Einbau einer Lüftungsanlage.

Fragen von Frau Friedrichsen zu den Akustikbaffeln beantworteten Herr Schellenberger und Herr Hellberg

Auf die Frage von Herrn Kolterjahn, ob die sog. „Sauerkrautplatten“ eine sichere Alternative wären, teilt Herr Hellberg mit, dass eine Überprüfung positiv ausgefallen sei.

Herr Voht spricht sich dafür aus, beim weiteren Vorgehen das energetische Konzept der Schule im Blick zu behalten.

Zu einer Anmerkung von Herrn Schomann erläutert Herr Wallendzyk, dass jeder künstliche Baustoff ein Lösungsmittel enthalte und die Umwelteinflüsse des Raumes chemische Prozesse auslösen können, durch die Stoffe erst nach Jahren frei würden. Herr Wallendzyk bestätigt, dass die weiteren Maßnahmen auf das energetische Konzept der Dorothea-Schlözer-Schule abgestellt würden.

Auf Wunsch des Vorsitzenden werden die Ergebnisse der Raumlufmessungen des Bereichs Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz als **Anlage 1** dem Protokoll beigelegt.

zu 3.1.2 Akustik in Schulen

Herr Thorn erläutert den umgeteilten Vermerk, mit dem das Prozedere des Einbaus von akustischen Maßnahmen an Schulen und der aktuelle Umsetzungsstand dargestellt werden.

Nachfragen von Herrn Prieur beantwortet Herr Borchardt.

Herr Borchardt teilt unter Bezugnahme auf die Erörterung im letzten Schul- und Sportausschuss zur Schule Grönauer Baum mit, dass das aktuell vorliegende Ergebnis der Nachhallmessung über dem Spitzenwert liege und daher eine Zuordnung der Schule in die Kategorie A erfolge.

Herr Puhle bittet, den Vermerk für das Protokoll entsprechend zu aktualisieren (**siehe Anlage 2**).

zu 3.1.3 Personalsituation Passathafen und Passat

Herr Thorn informiert zur Personalsituation im Passathafen, dass eine vakante Stelle erst zum 15.07.2016 extern wiederbesetzt werden könne und eine zusätzliche Verwaltungsstelle sich noch im Besetzungsverfahren befinde, auch hierfür hofft der Fachbereich 4 auf die Zustimmung des Bürgermeisters zu einer externen Besetzung der Stelle. Diese Personalengpässe stellen den Bereich Schule und Sport aktuell vor große Probleme, auch im Hinblick auf die Herausforderungen im Zusammenhang mit Priwall/Waterfront.

zu 3.1.4 Bestätigung staatlicher Beihilfen für gemeinnützigen Sport durch den EUGH

Herr Thorn berichtet über ein aktuelles Urteil des Europäischen Gerichtshofs, das den gemeinnützigen Sport gestärkt und den Anspruch von Privatunternehmen, gleichen Zugang zu öffentlichen Mitteln zu erhalten, zurückgewiesen habe.

zu 3.1.5 Aufnahme VHS-Kursbetrieb

Frau Wiebe gibt bekannt, dass am 30.05.2016 der VHS-Kursbetrieb in Moisling gestartet sei, indem 6 Kurse des Konzepts „Deutsch für alle“ begonnen haben und 5 weitere MitarbeiterInnen ihre Tätigkeit aufgenommen haben. Weitere Kurse würden folgen und zu gegebener Zeit sei eine öffentliche Bekanntmachung im Rahmen eines Pressetermins vorgesehen. Frau

Wiebe dankt den beteiligten Bereichen GMHL, Infotechnik und Fachbereichscontrolling 4 für die Zusammenarbeit.

zu 3.1.6 Interkultureller Sommer 2016

Frau Wiebe weist anhand der umgeteilten Broschüre auf den Interkulturellen Sommer 2016 hin, an dem sich in der Zeit vom 29.05. bis 31.07.2016 50 Veranstalter mit 120 Angeboten beteiligen. Frau Wiebe lädt alle Anwesenden herzlich zu Teilnahme ein und bittet, die von ihr mitgebrachten Flyer und Plakate weiter zu verteilen.

Der Ausschuss nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

zu 3.2 Puhle: Öffentliche Vorstellung der Ergebnisse des Schulgutachten Vorlage: VO/2016/03803

In Beantwortung der Anfrage von Herrn Puhle stellt Frau Senatorin Weiher die bisherigen Beratungsebenen zum Schulentwicklungsgutachten dar. Frau Weiher vertritt die Auffassung, dieser Anforderung damit nachgekommen zu sein.

Herr Puhle fordert eine Vorstellung und Erörterung des Gutachtens mit der breiten Öffentlichkeit unter Berücksichtigung der gesamtstädtischen und der sozialräumlichen Situation, so sei es nach seinem Verständnis im Ausschuss vereinbart worden.

Es schließt sich eine Diskussion dieser Vorgehensweise an, an der sich Frau Senatorin Weiher, Herr Prieur, Frau Röttger und Herr Voht beteiligen.

Frau Weiher möchte einen politischen Beschluss als Grundlage für eine öffentliche Diskussion. Sie bittet den Ausschuss, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen, um anschließend auf der Basis von aktuellen SchülerInnenzahlen und mit einem konkreten Maßnahmenkonzept in die öffentliche Diskussion zu gehen.

Frau Röttger unterstützt das Anliegen von Herrn Puhle. Sie hält es für notwendig, die wesentlichen Beteiligten vorab einzubinden.

Herr Voht spricht sich ebenfalls für diese Vorgehensweise aus und empfiehlt eine breite Beteiligung aller Akteure aus den Stadtteilen einschließlich der Wohnungswirtschaft.

Herr Prieur stimmt einer öffentlichen Diskussion auf der Grundlage der aktuellen SchülerInnenzahlenentwicklung zu, möchte die Vorlage jedoch vorher nicht beschließen.

Die Frage von Herrn Prieur zur Berücksichtigung der DaZ-Entwicklung im Schulentwicklungsgutachten beantworten Frau Senatorin Weiher und Herr Krämer-Mandau.

Frau Weiher bittet, die weitere Erörterung der Angelegenheit unter dem Tagesordnungspunkt 5.2 vorzunehmen.

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.3 AM Puhle: Raumsituation Schulsozialarbeit / Kinder- und Jugendarbeit in Buntekuh
Vorlage: VO/2016/03857

Der Vorsitzende verweist auf die zum Ausschuss umgeteilte Anfrage.

Frau Rieper informiert über die derzeitige Raumsituation und räumliche Ausstattung für die Schulsozialarbeit/ Schule am Standort der Baltic-Schule. Im März 2015 wurde mit der Jugendarbeit eine Doppelnutzung der Räumlichkeiten zweimal wöchentlich vereinbart. Sie teilt mit, dass die gemeinschaftliche Nutzung der Räume aus Sicht der Schulsozialarbeit und der Schule gut funktioniere. Eine Alternative stünde derzeit auch nicht zur Verfügung. Der Bereich Schule und Sport werde in dieser Angelegenheit noch einmal mit dem Bereich Jugendarbeit in einen Austausch gehen.

Eine Beantwortung der Fragen Nr. 2 und 2a sowie 4 konnte aufgrund der bereichsübergreifenden Zuständigkeit in der Kürze der Zeit nicht erfolgen.

Herr Puhle bittet, die Beantwortung schriftlich spätestens mit dem Protokoll nachzureichen (**siehe Anlage 3**).

Der Ausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

Es liegt nichts vor.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Europaweite Ausschreibung von Schulmöbeln für die Schulen der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2016/03543

Fragen von Herrn Prieur zur Zielgruppe der Ausschreibung und zum Ausschreibungsverfahren beantworten Herr Thorn und Frau Senatorin Weiher und weisen darauf hin, dass keine regionalen Anbieter zur Verfügung stünden.

Auf Nachfragen von Herrn Voht zu der Beschaffung von Schulmöbeln informiert Herr Thorn, dass diese auf der Grundlage der Erfahrungen der Vergabestelle im Rahmen der eigenverantwortlichen Bewirtschaftung der Schulbudgets durch die Schulen erfolge. Frau Weiher ergänzt, dass Neubeschaffungen häufig im Zuge der Modernisierung von Räumen stattfinden. Herr Voht bittet, mit dem Protokoll die Anzahl der im Auftrag enthaltenden Möbelstücke und die Anzahl der Möbelstücke, die in den Schulen jährlich ausgetauscht werden, anzugeben (**siehe Anlage 4**).

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Lieferung von Schulmöbeln (Tische, Stühle, Schränke, Tafeln und Garderobenleisten) wird für vier Jahre ausgeschrieben.

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss einstimmig gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

<p>zu 5.2 Ganztage an Schule - Kommunale Förderung von Schulkindbetreuung und Ganztage sschule Vorlage: VO/2016/03725</p>

Frau Senatorin Weiher führt in die Vorlage ein und weist darauf hin, dass das Konzept Ganztage an Schule dazu beitrage, eine Chancengleichheit in der Bildung für alle Kinder herzustellen.

Frau Rieper blickt zurück auf die bisherige Entwicklung der Ganztageangebote und erläutert die Zielsetzung des Konzepts, ein qualitatives Angebot auf der Grundlage der vereinbarten fachlichen Standards sicherzustellen. Frau Rieper berichtet weiter über die Auswertungsergebnisse der Modellphase und die positive Resonanz bei den Beteiligten.

Zu der Frage von Herrn Voht nach dem Umgang mit Elternvereinen teilt Frau Rieper mit, dass nach wie vor auch Elternvereine als Kooperationspartner der Schulen die Trägerschaft für die Schulkindbetreuung leisten können. Bei dem Ganztage smodell handele es sich um eine Grundstruktur, die auch weiterhin unter Einbeziehung von ehrenamtlichem Engagement wie beispielsweise AG-Angeboten ergänzt werden soll. Hinsichtlich des Einsatzes von pädagogischen Fachkräften seien Übergangslösungen vorgesehen und es werden Qualifizierungsangebote z. B. an der VHS Lübeck, der BQL und an der Dorothea-Schlözer-Schule vorgehalten.

Auf Nachfrage von Herrn Prieur bestätigt Frau Heidig, dass im Zuge der Umsetzung des Ganztage sskonzepts und des Abbaus der Hortangebote weiterhin ausreichend Betreuungsplätze zur Verfügung stehen. Dies sei durch einen engen Abstimmungsprozess sichergestellt.

Zu dem Umgang mit den Elternvereinen sprechen Frau Schatz und Herr Haltermann.

Auf die Frage von Herrn Kolterjahn, welche zwei weiteren Standorte geplant seien, teilt Frau Rieper, mit, dass die Gespräche mit den Schulen noch nicht abgeschlossen seien. Auf Nachfrage des Vorsitzenden wird die Verwaltung unter Ausschluss der Öffentlichkeit bekannt gegeben, welche zwei Schulen für die weitere Umsetzung des Konzepts vorgesehen sind.

Der Ausschuss ist einverstanden, Herrn Nevermann das Wort zu erteilen.

Die Frage von Herrn Nevermann, ob auch externe Anbieter z.B. für ein Schach-Angebot weiterhin einbezogen bleiben, beantwortet Herr Thorn und teilt mit, dass die Angebote weiterhin zwischen der Schule und dem Träger abgestimmt werden.

Herr Voht plädiert dafür, die an den Schulstandorten etablierten Vereine in dem Prozess mitzunehmen. Dazu sprechen Herr Haltermann, Herr Puhle und Frau Schatz. Herr Puhle weist auf den Beitrag der Politik zur Außenwirkung des Konzepts hin und spricht sich für einen Erhalt der Trägervielfalt aus.

Herr Voht fragt mit Bezug auf die finanzielle Darstellung nach dem prozentualen Anteil der Elterngeldermäßigungen. Herr Jürgensen antwortet, dass im Rahmen der Kalkulation von einem vollständigen Elterngeldausfall von ca. 30% auszugehen sei.

Herr Kolterjahn regt an, die Beschlussfassung über den flächendeckenden Ausbau des Ganztagskonzepts bis zur Evaluierung des zweiten Umsetzungsschrittes zurückstellen. Dazu erläutert Herr Thorn, dass der Beschlussvorschlag der Vorlage als Beginn des flächendeckenden Ausbaus zu sehen sei. Einen begleitenden Bericht an die Politik schließe dies nicht aus.

Herr Kolterjahn beantragt, die Nr. 2 des Beschlussvorschlags um Folgendes zu ersetzen:
„2. Nach einer weiteren Evaluierung ist beabsichtigt, den Ausbau des Ganztagskonzepts an Schule an den Lübecker Grundschulstandorten ab dem Schuljahr 2017/2018 flächendeckend auszubauen“.

Der Vorsitzenden lässt über den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung des vorgenannten Antrags abstimmen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, das Konzept Ganztags an Schule im Schuljahr 2016/17 an zwei weiteren Grundschulstandorten umzusetzen.
2. Nach einer weiteren Evaluierung ist beabsichtigt, den Ausbau des Ganztagskonzepts an Schule an den Lübecker Grundschulstandorten ab dem Schuljahr 2017/2018 flächendeckend auszubauen.
3. Für die Förderung der offenen Ganztagschulen in der Sekundarstufe I wird ein Konzept im Februar 2017 in der Bürgerschaft vorgelegt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und der Bürgerschaft einstimmig bei einer Enthaltung gemäß Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderung zu beschließen.

zu 5.3 Gutachten zur Schulentwicklungsplanung Vorlage: VO/2016/03609

Frau Senatorin Weiher führt ein und begrüßt den Gutachter Herrn Krämer-Mandau, Projektgruppe Bildung und Region (BiRegio) und den Schulrat Herrn Dreier, den sie im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung der Flüchtlingszahlen um Teilnahme gebeten habe.

Frau Rhenius gibt einen redaktionellen Hinweis zur Bezeichnung der Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe.

Herr Krämer-Mandau präsentiert die Entwicklung der SchülerInnenzahlen und das Resümee des Gutachtens der BiRegio zur Schulentwicklungsplanung (**siehe Anlage 5**).

Herr Dreier nimmt zu den Ausführungen über die DaZ-SchülerInnen Stellung. Lübeck sei von den Flüchtlingen nicht überrollt worden, vielmehr sei es gelungen, alle SchülerInnen innerhalb einer Woche mit einem Schulplatz zu versorgen. Das hiesige Modell der DaZ-Klassen finde auch in anderen Bundesländern Anerkennung. Zu dem von Herrn Krämer-Mandau festgestellten Handlungsbedarf bei den Förderzentren entgegnet Herr Dreier, dass die Inklusion eher wieder rückläufig sei und ein einziges verbleibendes Förderzentrum Lernen aus

Sicht der Schulaufsicht für die HL nicht bedarfsgerecht wäre sowie schulorganisatorisch nicht zu handeln wäre.

Frau Rhenius nimmt Bezug auf eine Aussage auf Seite 43 der Anlage 1, wonach die SchulleiterInnen der Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe nicht zu einer „ungeliebten Resteschule verkümmern“ wollen, und stellt die Thematik zur Diskussion.

Frau Weiher weist darauf hin, dass diesen Befürchtungen entgegengewirkt werde mit der Möglichkeit für die Gemeinschaftsschulen, mit den Beruflichen Schulen Kooperationsvereinbarungen zu schließen.

Hierzu sprechen Frau Rhenius und Herr Haltermann. Herr Haltermann kritisiert, dass die Kooperationsvereinbarungen nicht rechtlich binden seien, und befürwortet die Bildung eines Oberstufenzentrums.

Herr Thorn erläutert die Intention der Kooperationsvereinbarungen und gibt zu bedenken, dass bei einer Verbindlichkeit die Gefahr bestünde, dass die Anmeldezahlen von Jahr zu Jahr je nach Beliebtheit einer Schule schwanken können und der Schulträger diesen Schulraum dann nicht zur Verfügung stellen kann.

Herr Daus möchte den Eindruck verhindern, dass die Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mit „Resteschulen“ gleichzusetzen seien und teilt mit, dass mehrere Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe mehr Anmeldungen als Plätze haben.

Herr Voht spricht sich dafür aus, in der weiteren Planung den Erhalt der bestehenden Förderzentren und die Bedenken der beruflichen Schulen bezüglich einer weiteren gymnasialen Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen zu berücksichtigen und begründet dies. Weiterhin verweist Herr Voht auf die dem Gutachten entgegenstehenden Bürgerschaftsbeschlüsse zur Schule Groß Steinrade und zur Schule Niendorf.

An einer Erörterung der Idee eines Oberstufenzentrums beteiligen sich Frau Rhenius, Herr Haltermann und Herr Puhle. Frau Rhenius kann sich eine Umsetzung im Rahmen eines Schulversuchs vorstellen. Frau Rhenius und Herr Puhle glauben nicht an einer Gefährdung der Berufsschulen durch eine weitere Oberstufe. Herr Prieur hält ein Oberstufenzentrum nicht für sinnvoll und sieht die Gefahr, damit den beruflichen Gymnasien Ressourcen zu entziehen.

Frau Weiher hält zur Entwicklung der weiterführenden Schulen einen längeren Diskussions- und Abstimmungsprozess für erforderlich.

Herr Puhle beantragt folgende Änderung des Beschlussvorschlags: Die Nr. 1 wird um die Formulierung „als Bericht“ zur Kenntnis genommen ergänzt. Als neuer Beschlusspunkt wird aufgenommen: „3. Die Schulentwicklungsplanung wird in den jeweiligen Schulsozialräumen öffentlich vorgestellt. Hierbei ist jeweils die Situation in dem Sozialraum sowie die gesamtstädtische Situation darzustellen.“

Frau Friedrichsen fragt unter Bezugnahme auf die auf Seite 42 der Anlage 1 angeführten Stellungnahme des Schulleiters der Schule an der Wakenitz nach dem Sachstand bezüglich der Sternwarte.

Frau Weiher bietet an, in dieser Angelegenheit den zuständigen Bereich GMHL einzuladen, hierüber im nächsten Schul- und Sportausschuss zu informieren.

Frau Röttger sieht ihm Hinblick auf die individuellen Wege der SchülerInnen andere Schwerpunkte als die des Gutachtens. Weiterhin äußert Frau Röttger Kritik an den Aussagen von Herrn Krämer-Mandau zu den Dorfschulen und führt als Argumente den Erhalt gewachsener Strukturen und individueller Angebote an. Zudem sieht sie die Frage der Rückläufer an die Förderzentren nicht ausreichend berücksichtigt.

Herr Lindenau plädiert für eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von 12 Regionalveranstaltungen und dafür, die fachliche Sicht der Verwaltung und das Meinungsbild aus den Stadtteilen in eine politische Beschlussfassung zusammenzuführen.

Es schließt sich eine Diskussion dieses Vorschlags an, an der sich Frau Weiher, Herr Lindenau, Herr Voht, Herr Puhle und Herr Prieur beteiligen.

Frau Weiher hält eine fachliche Abstimmung des Verwaltungskonzepts mit dem Schul- und

Sportausschuss vor der Öffentlichkeitsbeteiligung für erforderlich.

Herr Voht stimmt dem Verfahrensvorschlag von Frau Weiher zu und bittet, im Zuge dessen das Format der Bürgerbeteiligung vorzustellen. Er regt an, eine professionelle Begleitung in Anspruch zu nehmen.

Im Weiteren beantragt Herr Voht, die Nr. 2 des Beschlussvorschlags um Folgendes zu ergänzen: „... sowie unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zur Schule Niendorf und zur Schule Groß Steinrade...“ und als Nr. 4 hinzuzufügen: „4. Der Verwaltungsvorschlag ist dem Schul- und Sportausschuss vor Beginn der Regionalkonferenzen zu berichten“.

Nachdem Herr Bull für Frau Friedrichsen übernommen hat, verpflichtet der Vorsitzende ihn per Handschlag mit den Worten: „Ich verpflichte Sie auf die gewissenhafte Erfüllung Ihrer Obliegenheiten, weise Sie auf Ihre Rechte und Pflichten nach der Gemeindeordnung hin und führe Sie hiermit in Ihr Amt ein.“

Der Ausschuss ist bei einer Gegenstimme einverstanden, nochmals Herrn Nevermann das Wort zu erteilen.

Herr Nevermann wünscht sich einen ergebnisoffenen Austausch mit den BürgerInnen.

Herr Kolterjahn beantragt die Rednerliste zu schließen und zur Abstimmung zu kommen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig bei einer Enthaltung antragsgemäß zu verfahren.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Änderungsanträge liegt folgender Beschlussvorschlag vor:

Beschlussvorschlag:

1. Das Resümee des Gutachtens der „Projektgruppe Bildung und Region“ (BiRegio) wird als Bericht zur Kenntnis genommen.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage der Gutachterempfehlungen, vor dem Hintergrund der tatsächlichen Entwicklung der SchülerInnenzahlen und unter Beachtung der finanziellen Rahmenbedingungen der Hansestadt Lübeck sowie unter Berücksichtigung der Beschlussfassung zur Schule Niendorf und zur Schule Groß Steinrade, ein Maßnahmenkonzept zur Schulentwicklungsplanung zu erstellen.
3. Die Schulentwicklungsplanung wird in den jeweiligen Schulsozialräumen öffentlich vorgestellt. Hierbei ist jeweils die Situation in dem jeweiligen Sozialraum sowie die gesamtstädtische Situation darzustellen.
4. Der Verwaltungsvorschlag ist dem Schul- und Sportausschuss vor Beginn der Regionalkonferenzen zu berichten.

Der Vorsitzende lässt über die Nummern 1 bis 3 des Beschlussvorschlags abstimmen:

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und der Bürgerschaft bei einer Gegenstimme mit Stimmenmehrheit gemäß Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der Änderungsanträge zu beschließen.

Der Vorsitzende lässt über die Nummer 4 des Beschlussvorschlags abstimmen:

Der Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und der Bürgerschaft bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mit Stimmenmehrheit gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen.

zu 5.4 Beschlussvorschlag Nr. 2 zur Vorlage zur Projektentwicklung und zum Realisierungskonzept Sportzentrum Falkenwiese - Beschluss der Bürgerschaft vom 26.09.2013 (VO/2014/00930)

Frau Senatorin Weiher teilt zum aktuellen Verfahrensstand hinsichtlich der Finanzierung des ersten Bauabschnitts mit, dass der städtische Eigenanteil an der Maßnahme in Höhe von 10% der Ausgaben im Haushalt zur Verfügung stehe, jedoch nach Vorgabe des Bundesfördergebers die Gesamtfinanzierung einschließlich der Bundesmittel von 2,7 Mio. Euro über Verpflichtungsermächtigungen in den Haushalt einzustellen seien. Dies sei im Rahmen der Haushaltsvorgaben problematisch und es werde derzeit noch nach Lösungen gesucht. Parallel habe die Verwaltung den Bundesfördergeber um Prüfung gebeten, ob ein Nachweis über die Vorfinanzierung der Bundesförderung erfolgen muss. Sollte die Angelegenheit kurzfristig geklärt werden können, wird die Verwaltung die Vorlage zum Realisierungskonzept im Wege der Dringlichkeit für die Juni-Sitzung der Bürgerschaft anmelden.

Nachfragen von Herrn Luetkens und Herr Lindenau beantworten Frau Weiher, Herr Thorn und Herr Schröder.

Herr Voht beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunkts.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen.

Der Ausschuss beschließt einstimmig antragsgemäß.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Überweisungsantrag aus der Bürgerschaft vom 28.04.2016 an den Schul- und Sportausschuss, hier: Antrag der GAL-Fraktion betr. Frauenschwimmen in den städtischen Schwimmbädern
Vorlage: VO/2016/03829**

Der Ausschuss ist einstimmig einverstanden, Frau Kock das Wort zu erteilen.

Frau Kock spricht sich für den Antrag aus und erläutert dies.

Herr Kolterjahn fragt, in welchem zeitlichen Umfang aktuell Frauenschwimmzeiten in den städtischen Schwimmbädern angeboten werden und wie die Auslastung dieser Zeiten ausfällt.

Frau Senatorin Weiher hat Verständnis für das Anliegen, sie sieht aber auch die Bedarfe der Schulen und der Sportvereine. Mit Hinweis auf den Bürgerschaftsbeschluss zur Optimierung

der Einnahmen und Reduzierung des Defizits der Lübecker Schwimmbäder stellt Frau Weiher die finanziellen Auswirkungen einer Erhöhung des Frauenschwimmzeiten dar. Die antragsgemäße Durchführung von Frauenschwimmzeiten in allen Schwimmhallen würde zusätzliche Personal- und Betriebskosten in Höhe von jährlich ca. 253.000 Euro auslösen. Unter Berücksichtigung der Einnahmeverluste durch die Nutzungseinschränkungen der Bäder wäre insgesamt von finanziellen Auswirkungen in Höhe von – 295.600 Euro auszugehen. Aus Verwaltungssicht sei der Antrag daher wirtschaftlich nicht darstellbar.

Dazu spricht der Vorsitzende und schlägt die Durchführung eines Modellversuchs vor.

Frau Weiher bietet an, die Thematik zum nächsten Ausschuss näher aufzubereiten.

Herr Bull hält das derzeitige Frauenschwimmangebot für ausreichend und sieht bei einer Ausweitung der Schwimmzeiten für Frauen die bedarfsgerechte Durchführung des Schulschwimmens gefährdet. Herr Bull weist auf die alternative Möglichkeit hin, als Verein Schwimmzeiten zu belegen.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung des Überweisungsauftrags und lässt über seinen Antrag abstimmen.

Der Ausschuss lehnt den Antrag bei 3 Gegenstimmen ab.

Daraufhin lässt der Vorsitzende über den von der Bürgerschaft abschließend an den Ausschuss überwiesenen Antrag abstimmen:

Antrag:

Die Lübecker Bürgerschaft möge beschließen, dass in den städtischen Schwimmbädern in allen Lübecker Stadtteilen Frauenschwimmzeiten eingeführt werden, die folgende Qualitätsmerkmale beinhalten:

Die zusammenhängende Badezeit, die ausschließlich von Frauen genutzt werden kann, muss mindestens 4 Stunden betragen, dabei sollte es eine Vormittagsbadezeit geben ebenso wie eine Badezeit in den Abendstunden.

Das Schwimmpersonal muss in dieser Zeit weiblich sein.

Der Ausschuss lehnt bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen den Antrag ab.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

zu 13 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Entfällt.

Lübeck, den 6. September 2016

André Kleyer
Vorsitzende/r

Antje Richter
Protokollführung